



Superschlag

Trump, EU-Oxymoron Le Pen/Macron, as-Sisi und Islamisten

Laut UN-Flüchtlingsagentur seien seit Jahresbeginn 1.073 Menschen im Mittelmeer auf der Flucht von Libyen nach Italien ertrunken. Über 36.700 wurden auf dem Wasser gerettet und nach Italien gebracht. Sie kommen aus Syrien, Tunesien, Bangladesch und dem südlichen Afrika. Ihre Anzahl verdoppelte sich zum Vorjahr. Schlepper agieren trotz der Nato-Schiffe. Wie effektiv ist diese? In [Irak](#) geht es um [West-Mosuls](#) Altstadt, wo man in der an-Nuri-Moschee [2014](#) das Kalifat ausrief. Kein Ende in Sicht, nicht in Libyen und Syrien.

Im Gegenteil, al-Asad hat seine Flieger vor neuen Schlägen auf russische Basen gerettet. Pentagon-Chef Jim Mattis meinte auf Besuch in Israel, Damaskus verfüge über weitere C-Waffen. Er warnte es, diese wie am [4. April](#) wieder einzusetzen. Syrien und Moskau stellen diesen Angriff als Erfindung dar, den die Rebellen gestartet hätten. Amerika und Russland leiten konträre Militärgruppen in Mittelost. Sie finden noch keine gemeinsamen Aktionen.

Präsident Trump würdigte vor Medien im Weißen Haus den zeitlosen Beitrag Italiens zur Zivilisation, die dortigen 30.000 US-Truppen sowie 18 Mio. Amerikaner italienischer Abkunft. Da kam die Frage, was er zum Angriff in Paris vom [20. April](#) sage, [Video](#): der sehe wie ein Terroranschlag aus. Neben ihm stand Premier Paolo Gentiloni. Befragt, ob dieser den einprozentigen Nato-Anteil verdopple, sprach er Amerikas Schlüsselrolle in Libyen an, diese wäre kritisch. Trump erklärte, dort keine solche Rolle zu sehen. Amerika erfülle überall genügend Rollen. Er betonte die Hauptsache, die Welt vom "Islamstaat", IS, zu erlösen, ob in Irak oder Libyen. Ein starkes Europa sei gut, jedoch gibt es Streit. Warten [Europäer](#) wieder auf Amerikaner?

TWH Foto Shealah Craighead



Der libysche Fall zeigt die Lage. Moskau, seit den 1970er Jahren eng mit [Tripolis](#) liiert, liefert seit Ende 2016 Waffen an Khalifa Belqasim [Haftar](#), wie der Nachbar Ägypten. [Berlin](#) richtete [wenig](#) aus. Da der Bürgerkrieg fortgeht sowie auch Amerika und Europa keine gemeinsame Linie gegen den IS dort finden, hält die Migration an. Roms Verträge dagegen mit Libyen und Tunesien vom [2. und 9. Februar](#) sind weniger wirksam. Mithin suchen auch IS-Jihadisten Wege, in [Europa](#) ihre Anhänger zu erneuern. Paris zeigt, wie das alles abläuft.

Vor der ersten Runde des Präsidentschaftswahlkampfes tötete Karim Shurfi, [كريم شرفي](#), aus seinem Auto einen Polizisten auf den Champs-Élysées, verletzte zwei Beamte und eine Touristin. Der Jihadist, Franzose, wurde erschossen. Rasch bekannte sich der IS zum "Belgier Abu Yusuf". Am Tatort lag dessen Handnotiz, die den IS lobte. Der Täter war seit 2005 bekannt: er wollte Polizisten töten. Ein Gehilfe stellte sich Behörden in Antwerpen. [Seit Attacken 2015 und 2016](#) ermordete der IS allein in Frankreich 238 Personen. Franzosen werden zur Wahl am [7. Mai](#) das EU-Oxymoron Emmanuel Macron vs. Marine Le Pen auflösen dürfen.

Globalpakt

Laut al-Ahram vom 21. April wünschte François Fillon einen Globalpakt gegen Extremismus, sieht Frankreich lange im Kampf gegen Islamistischen Totalitarismus, الشمولية الإسلامية, und wolle ausländische islamistische Fundamentalisten, أصوليين إسلاميين أجنب, nicht nur die Terroristen, الإرهابيين, ausweisen. Marine Le Pen warnte vor salafistischen Organisationen und Zweigen der Muslimbrüder, "جماعة الإخوان" فروع. Sie forderte wieder Nationalgrenzen.

Am Nil, am Potomac, an der Spree und Seine geht eine islamistische Definition von Jihadisten um, der neue Totalitarismus, wie 2006 ein Dutzend muslimische Denker erklärten. Doch gerät es, siehe Holocaust Erinnerungstag, komplex: Judenhass ergeht auch von links, nicht nur, so Fillon betonte "totalitärer Radikalislam wie bei den Nazis"; und "jede salafistische Bewegung samt Muslimbruderschaft" auflösen will. Dies tat bereits Präsident as-Sisi und ersucht oft im religiösen Diskurs um die moderierende Rolle der al-Azhar-Universität.

Was die Globalära bestärkte, Europas und Amerikas Räume ohne Nationalgrenzen, wird bei der Migration von Massen samt Jihadisten zum Problem. Nur um sie geht es, nicht um Muslime allgemein, die ihre Demokraten haben. Um dies zu trennen, geht Australien zur tiefen Überprüfung über. Sydney will im 20-Fragen-Test das Ja zu seiner Kultur ermitteln.

Das Weiße Haus meinte, ein Land ohne Grenzen sei kein kontrollierbarer Staat. Anders als meist in Europa, sind Mauern/Zäune erwünscht. Regionalisten ringen mit Globalisten. Letztere beklagen, Freiheiten zu mindern, "Immigranten zu Sündenböcken zu machen und Islamfeindlichkeit zu säen". Wo nötig, ist es anzugehen; wird aber oft auch vorgeschoben.

Doch folgt viel aus den Terrorattacken und der Unfähigkeit, ein Regime der Immigration zu entfalten, das den Zufluss von Gegnern der Demokratie, wenn auch nie absolut, so doch stärker abwendet. Wie in Europa gibt es jenseits des Atlantiks Globalisten, die gegen Nationalgrenzen, aber für ungesetzliche Zonen sind, und die Bürger den Terrorrisiken aussetzen.

Manche Glaubenskulturen bremsen die Demokratie, die kritikwürdig bleibt. Doch ist sie zumeist reformierbar und die Regierungsart, wo Regierte die Regierenden legal abwählen, um sich neue Chancen zu eröffnen. Wähler wollen Risiken der Immigration mindern, ihre Kulturen erhalten, auch demografisch. Die Schutzfunktion des Nationalstaats muss wirken.

Ostasien-Mittelost



Das Weiße Haus mag viel besser seine Führung ausloten. Wo der Wunsch nach der Leitkoordinierung reift, geht es voran. Das heißt nicht, dass es etwa alles Libyen angehende anführt. Arbeitsteilung ist dort nötig. Dies Land ist historisch und aktuell Berlin und Rom näher. Sollte die Nato dies nicht ausführen? Aber am Ende fehlen ihr Mittel, den Kurs zu gestalten, was erneut an mangelnde Nato-Anteile erinnert. Dahinter stehen Regierende, die in ihrem Haushalt zuungunsten der Nato andere Prioritäten setzen.

Amerika wird zwar absehbar stark mit Ostasien und Mittelost befasst sein, aber nicht nur. Dort geht es um Nordkorea, das einen "präventiven Superschlag" androhte, und Iran. Mit Blick auf Teheran kündigte Außenminister Tillerson an, Politik und Atompakt zu prüfen. Er verwies am 19. April auf Terrorexporte bei Konflikten in Syrien, Jemen, Irak, Libanon und Israel. Iran kann wie Nordkorea werden, das die "Carl Vinson", Foto Navy/Holloway, anvisiert. Strategische Geduld sei falsch und nun zu Ende. Wolfgang G. Schwanitz